



Pressemitteilung der IG Metall Suhl-Sonneberg

Phantomdebatte: Rente ab 70

Wirtschaft spürt Auswirkungen unzureichender Ausbildungsbereitschaft

Das Regelrenteneintrittsalter 2015 beträgt 65 Jahre und vier Monate. Es steigt pro Jahr um einen Monat bis zu 67 Jahren an. Unabhängig von der individuellen Rentenzugangsart besteht spätestens ab Erreichen des gesetzlichen Regelrenteneintrittsalters die Möglichkeit, unbegrenzt und anrechenfrei zur eigenen Rente hinzu zu verdienen.

„Die von Herrn Weise angestoßene und nun illuster geführte Debatte um Rente mit 70 Jahren ist eine Phantomdebatte. Schon heute ist es möglich, über das gesetzliche Rentenalter hinaus weiter zu arbeiten, sofern der Versicherte freiwillig dazu bereit ist. Das steht auch dem Rentenbezug nicht entgegen. Beachtet werden muss jedoch, dass unabhängig von der bezogenen Rentenart erst ab Erreichen des, für manche dann fiktiven, Regelrenteneintrittsalters unbegrenzt hinzu verdient werden kann. Zuvor können anrechnungsfrei maximal 450 Euro im Monat hinzu verdient werden.“, so Thomas Steinhäuser, alternierender Vorsitzender der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland und 1. Bevollmächtigter der IG Metall Suhl-Sonneberg.

Wer bei Erreichen des Regelrenteneintrittsalters im Beruf verbleiben will und keinen Rentenanspruch stellt, erhöht seine zukünftige Rente um 0,5 Prozent für jeden Monat des aufgeschobenen Rentenbeginns. Damit sind die Anreize für spätere Rente schon heute höher als die 0,3 Prozent Abzug bei vorgezogenem Rentenbeginn. Allerdings sind die Durchschnittsalter der Belegschaften in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt statistisch deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Einen Anspruch auf die neue Rente ab 63 Jahren haben in Mitteldeutschland im Verhältnis zur Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten doppelt so viele Versicherte wie im Rest der Republik.

„Dass bei Inanspruchnahme des neuen Rentenzugangs natürlich die Lücken in den Belegschaften in Mitteldeutschland deutlich größer ausfallen ist statistisch nicht verwunderlich. Das ist zugleich die Quittung für die unzureichende Ausbildungsbereitschaft sowie verfehlte Personalpolitik der Unternehmen in den vergangenen Jahren. Es ist doch paradox, dass ausgerechnet die Wirtschaft in Thüringen jetzt über Rentenabgänge klagt und einen späteren Renteneintritt begrüßt, nachdem unzählige junge Thüringerinnen und Thüringer in den vergangenen Jahren in die Abwanderung gedrängt wurden, weil hier keine ausreichenden Ausbildungsangebote vorhanden waren. Statt fruchtloser Debatten um bereits vorhandene Rentenmöglichkeiten sollten sich vielmehr die Bemühungen auf die Integration von Erwerbslosen und Nichtdeutschen in den Arbeitsmarkt richten.“, fordert Thomas Steinhäuser.

V.i.S.d.P.: Thomas Steinhäuser, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Suhl-Sonneberg, Platz der deutschen Einheit 4, 98527 Suhl